

# Spielberger



## Nachrichten

Informationsblatt der steirischen KPÖ Österreichische Post AG/Postentgelt bar bezahlt RM 18A041515 E Aufgabe: 8720

Nummer 38, Okt. 2018

Gemeindezeitung der KPÖ



### Neues örtliches Entwicklungskonzept und neuer Flächenwidmungsplan:

## Wichtige Lärmdaten wurden nicht eingearbeitet

Die Gemeinden Spielberg und Flatschach wurden fusioniert. Diese Zusammenlegung macht es erforderlich, dass ein gemeinsames örtliches Entwicklungskonzept und ein neuer Flächenwidmungsplan erstellt werden. Das örtliche Entwicklungskonzept legt die Entwicklungsvorstellungen der Gemeinde für die nächsten 15 Jahre fest. Der Flächenwidmungsplan legt die Nutzungsart für alle Flächen des Gemeindegebietes fest. Die neuen Konzepte wurden ausgearbeitet ohne dass die Lärmdaten des Red Bull Rings berücksichtigt wurden.

**Die** Firma HC-Heigl Consulting ZT GmbH wurde mit der Erstellung beider Konzepte beauftragt. Frau Arch. DI. Theresia Heigl stellte dem Gemeinderat die neuen Planungen vor. Bei der Präsentation hat sie auch angemerkt, dass die neuen Konzepte sehr wirtschaftsfreundlich seien. Der Gemeinderat soll die Auflage der entwickelten Konzepte beschließen. Dann liegen diese für einen bestimmten Zeitraum im Gemeindeamt auf. Die SpielbergerInnen können Einsicht nehmen und Stellungnahmen oder Einwendungen einbringen.

### Red Bull Ring: Land gibt keine Lärmdaten bekannt

**In** ihren Ausführungen berichtete Frau Arch. DI. Heigl, dass die Lärmzonen der Autobahn, des Fliegerhorstes Hinterstoisser und der ÖBB in die Neuplanung Eingang gefunden haben. Der Lärm des Red Bull Rings wurde nicht berücksichtigt, da das Land Steiermark die Lärmdaten nicht zur Verfügung gestellt habe.

**Im** Flächenwidmungsplan werden wichtige Weichenstellungen für die Zukunft getroffen. So wird z.B. festgelegt, auf welchen Flächen Wohnbau überhaupt möglich ist. Denn Grundstücke dürfen nur als Wohngebiet gewidmet werden, wenn der Lärm dort nicht bestimmte Grenzwerte überschreitet.

**Lärmquellen** und Lärmausbreitung sind also wesentliche Planungselemente. Wenn die Daten einer

### Antrag der KPÖ-Fraktion

Wir stellen den Antrag an den Bürgermeister, den Tagesordnungspunkt 4 von der Tagesordnung der Gemeinderatssitzung vom 20.9.2018 abzusetzen.

*Begründung:*

Im Tagesordnungspunkt 4 soll die Auflage des neuen FWP 1.0 und ÖEK beschlossen werden. Bei der Vorstellung des neuen Flächenwidmungsplans wurde den Mitgliedern des Gemeinderates dargelegt, dass die Lärmzonen der Autobahn, der ÖBB und des Fliegerhorstes Hinterstoisser für den neuen Plan berücksichtigt und eingearbeitet wurden. Die Lärmdaten des Red Bull-Rings fehlen jedoch. Nur nach Vorliegen vollständiger Daten sollte ein Auflagebeschluss gefasst werden.

**Unser Antrag wurde vom  
Bürgermeister abgelehnt**

wichtigen Lärmquelle nicht vorliegen, fehlen wesentliche Informationen für die Planerstellung. So kann es Gebiete geben, die im neuen Flächenwidmungsplan für eine Bebauung zugelassen werden. In der Realität könnten diese Grundstücke aber auf Grund der Lärmbelastung durch den Red Bull Ring nicht mehr geeignet sein.

**Fortsetzung** ➔

**Einladung zum  
KPÖ-Stammtisch**  
Reden, diskutieren, sich informieren

Jeden 1. und 3. Mittwoch  
im Monat  
KPÖ-Parteiheim,  
Friedensstraße 10, Knittelfeld  
ab 17.00 Uhr

**Mi. 7. Nov.:**  
Was bedeuten die  
Regierungspläne für  
Sozialversicherungen  
und Krankenkassen?

## Fortsetzung ➔

**Ohne** die Einarbeitung der Daten der Lärmentwicklung durch den Red-Bull Ring ist die Erstellung eines Flächenwidmungsplans, der auch den tatsächlichen Gegebenheiten entspricht, nicht möglich.

**Planung mit unvollständigen Daten**  
**Deshalb** hat KPÖ-GR Erich Wilding in der Besprechung vorgeschlagen, die neuen Planungskonzepte noch nicht aufzulegen sondern auf die Red Bull Ring-Daten zu warten. Sonst wird der Bevölkerung eine Planung vorgelegt, die nicht vollständig und daher möglicherweise auch falsch ist.

**Frau** Arch.DI. Heigel meinte, dass man auf die Herausgabe der Ring-Daten durch das Land wahrscheinlich noch sehr sehr lange warten müsse. Das ist uns völlig unverständlich. Das Land hat über mehrere Jahre einen Lärmombudsmann angestellt. Außerdem werden die Lärmdaten auch vom Projekt Spielberg erhoben. Die Lärmdaten müssten also vorliegen.

## Das Land hält die Red Bull Ring-Lärmdaten zurück

**Nachdem** das Land die Lärmdaten des Red Bull Rings nicht herausgibt, stellt sich die Frage warum? Würden diese Lärmdaten vorliegen und öffentlich einsichtbar sein, wäre klar ersichtlich wie hoch die Lärmbelastung durch den Red Bull Ring ist, und wie weit dieser Lärm reicht. Offensichtlich haben das Land - und möglicherweise auch die Ringbetreiber - kein Interesse daran.

**Wir** halten die Auflage und spätere Beschlussfassung von unvollständigen Planungen für falsch. Das kann auch praktische Auswirkungen haben. Lärm beeinträchtigt die Gesundheit. Frau Arch. DI Heigl hat in ihren Ausführungen angemerkt, dass Lärmbelastung zu einer Verkürzung der Lebenserwartung führen kann.

**Lärmgrenzwerte** sollen die Menschen schützen. Wenn Flächen als Bauland ausgewiesen werden, bei denen die Lärmgrenzwerte aber in der Realität überschritten sind, dann bedeutet das eine Schädigung der Menschen die dort leben. Das kann nur ausgeschlossen werden, wenn alle Daten eingearbeitet sind.

**Wir** haben im Gemeinderat an den Bürgermeister den Antrag gestellt, die Beschlussfassung der Auflage von der Tagesordnung zu nehmen. Der Antrag wurde abgelehnt. Die KPÖ hat wegen der fehlenden Daten und anderer Kritikpunkte gegen den Auflagebeschluss gestimmt.



## Weitere Kritikpunkte am Flächenwidmungsplan

**Dass wichtige Lärmdaten nicht ins neue örtliche Entwicklungskonzept und den Flächenwidmungsplan eingearbeitet wurden, ist eine Sache. Darüber hinaus gibt es weitere Entwicklungen mit denen wir nicht einverstanden sind.**

**Im** alten Flächenwidmungsplan von Spielberg sind einzelne Flächen als „Allgemeines Wohngebiet“ ausgewiesen. Dort kann neuer Wohnraum entstehen. Auf Grundstücken, die als „Allgemeines Wohngebiet“ zugelassen sind, dürfen bestimmte Lärmgrenzwerte nicht überschritten werden. Auf Grund aktueller Lärmdaten von Fliegerhorst, Autobahn und Eisenbahnstrecke ist nun bei einigen Flächen die Widmung „Allgemeines Wohngebiet“ problematisch, weil es dort zu laut ist.

## Höhere Grenzwerte, neue Auflagen, neue Kosten

**Um** diese Flächen nicht rückwidmen zu müssen, ist die Gemeinde beim Land vorstellig geworden. Daraufhin wurde der Gemeinde vom Land in Aussicht gestellt, dass die Widmung als Wohngebiet auch bei höheren Lärmwerten beibehalten werden könnte. Allerdings müssen bestimmte zusätzliche Auflagen, wie z.B. Lärmschutzfenster oder Lärmfreistellungen, erlassen werden. Die Kosten für diese zusätzlichen Auflagen sind allerdings vom Bauwerber zu bezahlen.

## Nicht Verursacher, sondern Betroffene tragen Mehrkosten

**Damit** sind wir nicht einverstanden. Das ist eine Verhöhnung des Verursacherprinzips. Die geltenden Lärmgrenzen wurden nicht als Jux und Tollerei so festgelegt. Sie sollen die Menschen schützen. Wer künftig dort bauen will, muss mehr Lärm ertragen. Als „Draufgabe“ sind auch die Baukosten höher. Damit werden nicht die Lärmverursacher, sondern die Geschädigten getroffen.

Fortsetzung ➔

**Auflage der Entwürfe im Stadtamt:**

**8.10. bis 3.12.2018**

**BürgerInnenversammlung im Roten Saal:**

**Di. 6.11.2018**

## Fortsetzung ➔

**Anstatt** aktiv zu werden, damit auf lärm-belasteten Grundstücken doch gebaut werden darf, wäre es Aufgabe der Gemeinde Wege zu suchen, wie die eingezogenen Lärmgrenzwerte eingehalten werden können. **Lärmvermeidung wäre also das Gebot der Stunde.**

**Wir** haben im Gemeinderat vorgeschlagen man solle überlegen, wie es zu einer Lärmreduzierung kommen kann. Man könnte an die Asfinag herantreten um die Aufbringung von Flüsterasphalt zu erreichen. Mit dem Fliegerhorst könnte man Gespräche über eine Reduzierung und Verlagerung der Flugbewegungen führen. Mit dem Projekt Spielberg könnte über eine Lärmreduzierung z.B. durch technische Hilfsmittel (Schalldämpfer) gesprochen werden.

**Das** sind nur einige Beispiele wo man ansetzen könnte. Hier Erfolge zu erzielen wäre nicht nur im Sinne der künftigen Bauwerber, sondern würde die SpielbergerInnen und die Bevölkerung im Aichfeld entlasten.

**Das** Bürgermeister ging nicht auf unseren Vorschlag ein. Er erklärte, unsere Wortmeldung habe nichts mit dem Flächenwidmungsplan zu tun. Die Gemeindeverantwortlichen gehen also zum Land, um eine Akzeptanz von mehr Lärm zu erreichen, bei den Lärmverursachern anzuklopfen ist offensichtlich kein Thema.

### Noch mehr Freizeitparks?

**Die** Grundstücke entlang der S36 sollen so gewidmet werden, dass die Errichtung von Freizeitparks möglich ist. Solche Widmungen bringen auch mehr an Belastungen mit sich. Wir sind der Meinung, Spielberg hat mit dem Red Bull Ring und dem Gelände des neu geplanten Freizeitparks an der Autobahn bereits genug Flächen für diesen Zweck.

## Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-STR. Renate Pacher  
und DSA Karin Gruber

**Dienstag, 30. Oktober**

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld

Friedensstraße 10, 9.00 bis 11.30 Uhr,

Voranmeldung: 03512/ 82240

**Impressum:** Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld-Spielberg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Erich Wilding. Druck: Gutenberghaus, Knittelfeld.



gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“  
des Österreichischen Umweltzeichens,  
UW-Nr.944, 8720 Knittelfeld

## Liebe Spielbergerinnen und Spielberger!

### Zuerst Schlechtmachen - dann privatisieren

**Die** ÖVP/FPÖ-Regierung plant einen massiven Eingriff in das Sozialversicherungs- und Krankenkassenwesen. Um Zuspruch für diese Pläne zu bekommen wurde zuvor kräftig Stimmung gemacht.



**Kanzler** Sebastian Kurz und Vizekanzler Hans-Christian Strache prangerten in einer Pressekonferenz die angeblich hohen Kosten der Verwaltung und die hohen Zahl von Dienstwägen an. Von einer „Funktionärsmilliarde“, die eingespart werden könne war die Rede.

**Der** SPÖ-Abgeordnete Alois Stöger brachte eine parlamentarische Anfrage an FPÖ-Sozialministerin Beate Hartinger-Klein ein. Sie musste für die ÖVP/FPÖ-Regierung peinliche Zahlen auf den Tisch legen:

**Die** Sitzungsgelder, Funktionsgebühren, Reise- und Aufenthaltskosten für die Versichertenvertreter lagen im Vorjahr bei 5,67 Millionen Euro. In dieser Summe sind die Gebietskrankenkassen und alle anderen Träger wie Selbstständige, Bauern, Eisenbahner, öffentlicher Dienst, Pensionsversicherung, Unfallversicherung, Hauptverband und Notariatskasse berücksichtigt.

**Die** Gesamtaufwendungen der Sozialversicherungen lagen bei 61,57 Milliarden Euro. **Die Funktionärskosten machen also 0,009 Prozent der Gesamtkosten aus.** Eine Zahl, von der die privaten Versicherungen nur träumen können. ÖVP und FPÖ haben von 160 Dienstautos gesprochen. Die Ministerin musste zugeben, dass es tatsächlich nur zwölf sind.

**Es** war von 2.000 VersicherungsfunktionärInnen die Rede. Laut Hauptverband sind es tatsächlich 970. Von diesen 970 Personen bekommen 184 eine monatliche Funktionsgebühr, die bei maximal 4.147 Euro liegen darf. Die restlichen 768 FunktionärInnen bekommen nur ein Sitzungsgeld von aktuell 42 Euro.

**Diese** Verbreitung von falschen Zahlen ist Teil einer Kampagne um Stimmung gegen die Sozialversicherungen zu machen. Das gleiche habe ich bei der Voest-Alpine, erlebt. Zuerst wurde die Verstaatlichte schlechtgemacht, am Ende stand die Privatisierung. Durch die Zerschlagung der Verstaatlichten wurde unser Familiensilber verkauft. Tausende Arbeitsplätze, viel an wirtschaftlicher Gestaltungsmöglichkeit und an sozialer Sicherheit gingen verloren. Werden die Pläne der ÖVP-FPÖ-Regierung umgesetzt, hat das ebenso gravierende Auswirkungen auf die arbeitenden Menschen meint...

... Ihr KPÖ-Gemeinderat Erich Wilding  
E-Mail: [erich.wilding@hotmail.com](mailto:erich.wilding@hotmail.com)

## Sozialversicherungen und Krankenkassen im Visier der Regierung

Nun wurde bekannt, wie die Zukunft der Sozialversicherungen aussehen soll. Was von ÖVP und FPÖ als „Reform“, als Verwaltungsvereinfachung und Einsparung verkauft wird, ist in Wahrheit die weitreichendste sozialpolitische Umwälzung in der Geschichte der Zweiten Republik.



**Es** geht um Umfärbung und um die Aushöhlung der Selbstverwaltung. Rund 90% der Versicherungsbeiträge stammen aus den Beiträgen der ArbeiterInnen und Angestellten. Deshalb wurden die Gelder bisher logischerweise von VertreterInnen der Versicherten und ihrer Dienstgeber verwaltet. Hier geht es um riesige Summen, rund 60 Milliarden Euro im Jahr.

**Nun** greifen ÖVP und FPÖ massiv in diese Selbstverwaltung ein. Künftig soll ein Drittel der VertreterInnen von der Bundesregierung in die Kassen entsandt werden. So will sich die FPÖ neue Posten und die ÖVP noch mehr Einfluss auf die Gelder der Sozialversicherten verschaffen.

**Die** Sozialversicherungen sind der größte nicht gewinnorientierte Bereich in Österreich. Das ist Teilen von FPÖ und ÖVP schon lange ein Dorn im Auge. Langfristig geht es auch um Privatisierung. Privatspitäler, Versicherungs- und Gesundheitskonzerne haben schon lange ein Auge auf die Milliarden der Sozialversicherungen geworfen.

**Bemerkenswert** ist, dass Finanzminister Hartwig Löger aus der privaten „Zusatzversicherungs“-Branche kommt. Löger war vor seiner Laufbahn als Minister Vorstandsvorsitzender des Versicherungskonzerns UNIQA Österreich.

**Eine** Milliarde Euro sollen bei den Sozialversicherungen innerhalb von drei Jahren eingespart werden. Wer glaubt, dass diese Summe ohne Verschlechterungen für die Versicherten erzielt werden kann, wird wohl bald eines Schlechteren belehrt werden.



**Wenn die Regierung wirklich nur bei der Verwaltung und nicht bei den Leistungen sparen will, soll sie eine Garantie dafür abgeben. Deshalb fordern wir ein gesetzlich verankertes Verschlechterungsverbot!**

**Kurt Luttenberger, Arbeiterkammerrat  
Gewerkschaftlicher Linksblock (GLB) GLB/KPÖ**

### Aus dem Gemeinderat

#### Geschwindigkeitsmessungen

**Der** Bürgermeister berichtet von den Ergebnissen der durchgeführten Geschwindigkeitsmessungen. Im Bereich Volksschule wird die Geschwindigkeitsbegrenzung von fast allen AutofahrerInnen eingehalten, nur sechs Prozent waren zu schnell. Anders im Bereich Poststraße. Hier gilt eine 30iger Beschränkung. Diese wird zu 64 Prozent überschritten. Die Durchschnittsgeschwindigkeit liegt dort bei 43 km/h.

#### Darlehensaufnahmen

**Zur** Finanzierung einiger Gemeindevorhaben mussten Kredite aufgenommen werden. Für die Straßenbauvorhaben 2018 wurden 673.700 Euro aufgenommen. Für die Wasserbauvorhaben 2018 wurden 346.500 Euro benötigt. Diese beiden Darlehen wurden an die BAWAG P.S.K. vergeben. Der Kredit für die Sanierung des Sportheims im Ingeringstadion in der Höhe von 300.000 Euro wurde bei der Raiffeisen Bausparkasse aufgenommen.

#### Vergabe von Bauarbeiten

**Für** die Aufschließung des Handels- und Gewerbeparks bei der Schnellstraße wurden sieben Firmen zur Anbotslegung eingeladen. Von Seiten des Landes sind Förderungen zugesagt. Folgende Angebote wurden abgegeben:

Fa. Porr BaugmbH, Knittelfeld	354.257 Euro
Fa. Granit BaugmbH, Graz	361.242 Euro
Fa. Swietelsky, St.Peter/Judenburg	378.042 Euro
Fa. Leithäusl GmbH, Judenburg	386.943 Euro
Fa Hitthaller + Trixl BauGmbH, Leoben	413.372 Euro
Fa. Strabag AG, Fohnsdorf	492.923 Euro
Fa. Kostmann GmbH, St. Andrä	566,402 Euro

Die Arbeiten wurden an die Firma Porr vergeben. Es gibt für ein und die gleiche Leistung enorme Unterschiede zwischen den verschiedenen Angeboten. Es stimmt sehr nachdenklich wie so etwas möglich ist.

# Land bleibt Sozialhilfeverband Millionen schuldig

## KPÖ-Antrag zur pünktlichen Bezahlung von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt



Die Sozialhilfeverbände haben vielfältige Aufgaben, wie die Sozialhilfe, die Behindertenhilfe, die Jugendwohlfahrt oder die Finanzierung von Pflegeleistungen. Sie verwalten jährlich rund 900 Millionen Euro. Das Land und die Verbände teilen sich die Sozialhilfeausgaben im Verhältnis 60:40. Die Kosten sind vorläufig von den Sozialhilfeverbänden zu tragen. Doch das Land bleibt den Sozialhilfeverbänden zustehende Gelder in Millionenhöhe schuldig.

### Antrag der KPÖ im Landtag:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Zukunft ihren Anteil an den Sozialhilfeausgaben an die Sozialhilfeverbände pünktlich und ungekürzt auszuzahlen, damit die Sozialhilfeverbände nicht in Finanzierungsschwierigkeiten geraten.

**Von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt**

**Das** Land wäre verpflichtet die den Sozialhilfeverbänden zustehenden Mittel in sechs gleichen Raten im Vorhinein zu überweisen. Doch das Land überweist seit geraumer Zeit nicht die volle Summe jeder Tranche. Stattdessen wird ein immer größer werdender Anteil in das nächste Jahr verschoben und dann erst in der zweiten Hälfte des Folgejahres ausbezahlt.

### Sozialhilfeverband Murtal: Land schuldet 9,5 Millionen Euro!

**Das** bringt die Sozialhilfeverbände in finanzielle Schwierigkeiten. So schuldet das Land dem Sozialhilfeverband Murtal mit heurigem September rund 9,5 Mio. Euro. Die Verbände sind daher gezwungen einen beträchtlichen Teil der Kosten, die eigentlich vom Land zu tragen sind, vorzufinanzieren. Der Sozialhilfeverband Murtal hat kürzlich die Aufnahme eines Kredites in der Höhe von vier Millionen Euro beschlossen.

**Die** Kosten für diesen Kredit übernimmt aber nicht das Land, sie sind vom Verband zu tragen. Das ist nicht nur eine Unverschämtheit, die Gelder die der Kredit kostet fehlen bei den Leistungen für die BewohnerInnen des Murtals. Deshalb hat die KPÖ im Landtag obenstehenden Antrag eingebracht.

### SPÖ, ÖVP und FPÖ sitzen sowohl im Verband, als auch im Landtag

**Die** Ablehnung des Antrags im Landtag, als auch die Duldung dieser Praxis des Landes durch die Sozialhilfeverbände ist uns völlig unverständlich. Denn die Führung der Sozialhilfeverbände liegt in den Händen von VertreterInnen der gleichen Parteien (SPÖ, ÖVP, FPÖ), die auch im Landtag sitzen.

**Einige** Landtagsabgeordnete sitzen auch in Gemeinderäten und wissen daher, dass das Vorgehen des Landes die Gemeinden schädigt. Es müsste doch von ☞

☞ den FunktionärInnen des Sozialhilfeverbandes genug Druck auf die eigenen Parteien gemacht werden können um eine pünktliche Bezahlung der zustehenden Gelder zu erreichen. Offensichtlich ist es leichter einen Kredit aufzunehmen als von der eigenen Parteispitze eine korrekte Vorgangsweise zu verlangen.

## Stacheldrahtzaun



Ein Teil der landwirtschaftlichen Flächen entlang der Ingering in der Nähe Uitz-Mühle-Mursteig wurden mit einem neuen Stacheldrahtzaun vom Weg abgegrenzt. Stellenweise ist der Weg sehr schmal. Der neue Zaun kommt dem Weg sehr nahe. Das könnte zu Verletzungen führen. Außerdem wurde an uns herangetragen, dass Bereiche des Ingering-Au-Weges verwachsen sind.

**In** Sachen Stacheldrahtzaun hat KPÖ-GR Erich Wilding angefragt, ob die Gemeinde mit dem Besitzer Kontakt aufnehmen könne. Außerdem fragte er, ob die Gemeinde im Einvernehmen mit den Grundbesitzern Schnittmaßnahmen durchführen könne.

**Der** Bürgermeister antwortete, über den Stacheldraht hätten sich schon mehrere BürgerInnen bei der Gemeinde beschwert. Der Kontakt mit dem Eigentümer werde gesucht. Ein Rückschnitt obliege den Eigentümern, eine Einschaltung der Gemeinde halte er wegen der Haftungsfragen für problematisch.

**Unsere Internetadresse:**  
[www.kpoe-steiermark.at](http://www.kpoe-steiermark.at)

## Besteht der Gemeinderat nur aus dem Bürgermeister und seinem „SPÖ-Team“?

Im letzten SPÖ-Stadtjournal stand zu lesen „Auf den Seiten 4 und 5 haben Sie einen Überblick bekommen, welche Projekte das Team um Bürgermeister Manfred Lenger und die SPÖ-GemeinderätInnen in dieser Gemeinderatsperiode schon umgesetzt hat“.

**Auf** den Seiten 4 und 5 werden Straßenbauprojekte, die Beschlüsse für die Sanierung des Kindergartens, der Volksschulen und der Neuen Mittelschule oder die Sanierung des Musikerheims aufgezählt. Zum Thema Wohnbau ist zu lesen: „Spielberg wächst! Daher freut es uns, dass jedes Jahr viele neue Wohnungen in unserer Stadt übergeben werden können!“ Da schmückt sich die SPÖ mit fremden Federn, denn die Gemeinde führt leider keine eigenen Wohnbauprojekte durch.

**Auf** der Seite 6 wird dann ausgeführt, welche Projekte nächstes Jahr geplant sind. So steht zu lesen: „Der Birkachweg ist leider schon sehr sanierungsbedürftig, weshalb die SPÖ-Spielberg die Sanierung dieses Weges in das Straßenbauprogramm für 2019 aufnehmen will.“ Auch die Bushaltestellen sollen Stück für Stück überdacht werden.

**Dass** ist alles schön und gut, aber beim Durchlesen des SPÖ-Stadtjournals bekommt man den Eindruck, der Spielberger Gemeinderat bestehe nur aus dem Bürgermeister und den SPÖ-GemeinderätInnen. Im Spielberger Gemeinderat gibt es vier Parteien, SPÖ, ÖVP, FPÖ und KPÖ. Sie alle bringen Verbesserungs-

vorschläge ein und die meisten Gemeinderatsbeschlüsse, besonders was Sanierungen oder Ausbau der Infrastruktur betrifft, erfolgen einstimmig.

**So** hat die KPÖ bereits 2011 die Überdachung der Bushaltestellen angeregt. Später hat auch ÖVP Vize-Bgm. Bernd Liebinger dieses Anliegen angesprochen. Auf den schlechten Zustand des Birkachweges weisen wir seit Jahren hin. Natürlich freuen wir uns, dass diese Verbesserungen nun durchgeführt werden sollen. Aber diese Vereinnahmung aller Projekte durch die SPÖ ist nicht korrekt.

**Letztendlich** werden alle Projekte nicht von einer Partei, dem Bürgermeister oder von den GemeinderätInnen bezahlt. Die Vorhaben werden aus den Steuern und Gebühren der SteuerzahlerInnen finanziert, und die SpitzenfunktionärInnen der Gemeinde werden für ihre Tätigkeit bezahlt.

## Volksbegehren: Wahlversprechen einhalten!

Das Don't-smoke-Volksbegehren hat 881.569 UnterstützerInnen gefunden, das Frauenvolksbegehren hat 481.906 Stimmen bekommen und das ORF-Volksbegehren haben 320.239 Menschen unterschrieben.

**Vor** den Wahlen hat die FPÖ Volksbegehren einen großen Stellenwert eingeräumt. „Das Recht müsse wieder vom Volk ausgehen“ forderte Hans-Christian Strache. Ab einem Ergebnis von 250.000 Stimmen sollten Volksbegehren automatisch zu einer verbindlichen Volksabstimmung führen.

**Auch** Sebastian Kurz hat vor den Wahlen eine verbindliche Volksabstimmung für Volksbegehren mit mehr als 600.000 UnterstützerInnen gefordert. Alle drei Volksbegehren hätten also die FPÖ-Hürde übersprungen. Das Don't smoke Begehren hat auch die ÖVP Hürde geschafft. Wenn man die direkte Demokratie und die eigenen Wahlforderungen ernst nimmt, dann müssen nun Volksabstimmungen kommen!

### Leserbrief

Am dem Wochenende, an dem auch die „E-Mobility Play Days“ stattgefunden haben bin ich in der Nähe des Red Bull Rings spazieren gegangen. Ich sah verschiedene Autos, die die Rennstrecke befahren haben. Ich sah die Autos - und ich hörte sie nicht! Das war für mich wie eine Offenbarung. So könnte es also auch gehen: Ringbetrieb und trotzdem keine Lärmhölle.

A.L.

## Spielberger Nachrichten

### In eigener Sache

Der Druck und das Porto unserer Zeitung kosten viel Geld. Wenn Sie der Meinung sind, durch unsere Zeitung gut informiert zu werden, ersuchen wir Sie um eine Spende.

Unsere Bankverbindung:  
Steiermärkische Sparkasse,  
IBAN: AT052081526000000617

### Buchhandlung in Knittelfeld

Steinberger Hof

Kirchengasse 6

Telefon 03512 71 374

[www.steinbergerhof.at](http://www.steinbergerhof.at)



## Mondi, HTP Fohnsdorf - Der ganz „normale“ Kapitalismus

Die Beschäftigten von Mondi Bags in Zeltweg und der HTP in Fohnsdorf erleben gerade bittere Zeiten. Bei Mondi bangen die 122 Beschäftigten der Abteilung Mondi-Bags um ihren Arbeitsplatz. Mondi beabsichtigt eine Umstrukturierung. Das könnte das Ende der seit 1922 bestehenden Papiersackerzeugung in Zeltweg sein. Bei der HTP wurden 70 Beschäftigte beim AMS zur Kündigung vorgemerkt, 50 ArbeiterInnen und Angestellte wurden bereits gekündigt.

**Mondi** ist ein internationaler Großkonzern mit rund 26.300 MitarbeiterInnen. Das Unternehmen ist hochprofitabel, beachtliche Gewinne werden erzielt. In einem Bericht der Kleinen Zeitung vom Februar 2018 über die „Steuroase Österreich“ steht zu lesen: „Beim Papierhersteller Mondi stehen 10 Millionen Euro Steuerleistung einem Fair-Tax-Wert von 50 Millionen Euro gegenüber“. (Mit Fair-Tax ist ein fairer Steuerwert für multinationale Konzerne gemeint, je mehr Fair-Tax und tatsächlich gezahlte Steuern auseinanderklaffen, umso mehr Steuerumgehung hat stattgefunden.

**Bei** der HTB werden Kunststoffteile, z.B. für die Autoindustrie hergestellt. Das Geschäft läuft schlecht. Die noch verbleibenden MitarbeiterInnen sind besorgt um ihre Zukunft. Man macht sich Sorgen, ob das Unternehmen überhaupt bestehen bleibt.

**Die** beiden Betriebe sind Beispiel dafür, dass es im Kapitalismus keine sicheren Arbeitsplätze gibt. Beschäftigte werden entlassen, egal ob es große Gewinne oder wirtschaftliche Schwierigkeiten gibt. Im Kapitalismus ist Gewinnmaximierung die oberste Devise. Gleichzeitig gibt es einen beinharten Konkurrenzkampf.

**Wenn** durch Kündigungen oder Abteilungsschließungen höhere Gewinne erwartet werden, dann wird das ohne Rücksicht auf das Schicksal der Menschen durchgezogen. Gleichzeitig ist die Konkurrenz gnadenlos. Besonders in der Autoindustrie werden die Zulieferer an die Wand gedrückt. „Ein Kapitalist schlägt viele andere tot“ schrieb Karl Marx bereits vor rund 150 Jahren. Die leidtragenden in diesem System sind die arbeitenden Menschen. Sie zahlen die Zeche.

### Förderungen Airpower 2013:

## Korruptionsstaatsanwaltschaft ermittelt

Nächstes Jahr soll es wieder eine Air-Power-Veranstaltung geben. In den Medien wurde darüber berichtet und gejubelt. Worüber sehr wenig berichtet wurde ist, dass die Korruptionsstaatsanwaltschaft wegen der Vergabe von Fördergeldern für die Airpower 2013 gegen steirische Politiker und Spitzenbeamte ermittelt.



**Der** Rechnungshof übte bereits 2016 heftige Kritik: Das Land Steiermark hat ohne Rechtsgrundlage Förderungen für die Airpower vergeben. 800.000 Euro pro Veranstaltung, im Jahr 2016 waren es sogar 1,2 Mio. Euro. Nun hat die Korruptionsstaatsanwaltschaft ein Vorverfahren wegen des Verdachts auf Untreue gegen Verantwortliche in der Landespolitik eingeleitet.

Darstellung der Steiermark wurde verzichtet. Die für eine Förderung nötigen Unterlagen, die jeder Förderungswerber vorlegen muss, wurden gar nicht eingefordert.

### Das kritisiert der Rechnungshof:



### Alle sind gleich - einige sind gleicher

**Für** das Rahmenprogramm wurde keine Bewilligung nach dem Steiermärkischen. Veranstaltungsgesetz beantragt – und das Land hat auch nicht dazu aufgefordert. Dadurch ersparte man sich die nach dem Gesetz nötigen Ordner-, Brandschutz-, Sanitäts- und Rettungsdienste, ebenso den Abschluss einer Haftpflichtversicherung.

**Die** Airpower bedeutet eine massive Lärm- und Umweltbelastung. Außerdem werden Kampfbomber, die in Syrien, Libyen und Afghanistan im Kampf eingesetzt werden, zur Belustigung der Menschen vorgeführt. Die Airpower ist eine mit Steuergeldern subventionierte Werbeshow für Rüstungsindustrie und Red Bull. Nun wurde auch noch das Recht gebeugt. Vorschriften, die für alle anderen Veranstaltungen gelten, wurden ignoriert. Es zeigt sich, wie richtig unsere Ablehnung dieser Flugschow und unsere Forderung „kein Steuergeld für die Airpower“ ist.

**Es** gab keine Ausschreibung und der Kostenrahmen wurde gesprengt. Seitens des Landes gab es keine Strategie und keine konkreten Förderziele. Es wurde nicht evaluiert, ob die eingesetzten Mittel für den Tourismus förderlich waren. Auf eine werbewirksame

# 100 Jahre KPÖ



Im November 1918 wurde die KPÖ gegründet. Seit 100 Jahren stehen wir an der Seite der arbeitenden Menschen im Kampf gegen Ausbeutung, Faschismus und für eine gerechte Gesellschaft.

Wir feiern unseren 100. Geburtstag mit einem großen Fest in Graz und fahren mit einem Bus nach Graz.

**Wer mit uns mitfeiern will ist herzlich willkommen!**

**Anmeldungen und Informationen:**

KPÖ-Knittelfeld-Spielberg, Friedensstraße 10, Tel.: 03512/82240, E-Mail: kpoe.knittelfeld@aon.at

# Für Frieden und Neutralität!

**Festveranstaltung der KPÖ zum 26. Oktober**

**Die Festrede hält der Autor und Verleger Hannes Hofbauer** danach:

Alle haben einen OPA. - so einen nur wenige... Eine junge Zeithistorikerin recherchierte für ein Schulprojekt über den obersteirischen Arbeiter und Partisanen Sepp Filz. Daraus entstand das Musiktheater:

**OPA, REBELL**  
**Musiktheater um den Partisanen Sepp Filz**

Text Winfried Hofer, Aufführung: Nena Kiesler und „Geschichten im Ernst“

**14:00 Uhr, Kunsthaus Mürzzuschlag**

**Wir fahren mit dem Bus nach Mürzzuschlag und laden zu unserer Festveranstaltung herzlich ein.**

**Anmeldungen und Informationen:**

KPÖ-Knittelfeld-Spielberg, Friedensstraße 10, Tel.: 03512/82240, E-Mail: kpoe.knittelfeld@aon.at



# MITMACHEN!

*Ändere die Welt - Sie braucht es*



## Wofür steht die KPÖ?

Nichts muss so bleiben wie es ist. Damit der Kapitalismus uns und die Erde nicht an die Wand fährt, brauchen wir grundsätzliche Veränderungen. Menschenwürde, Frieden, Völkerverständigung, Freiheit, Gleichheit und Solidarität dürfen kein unerfüllbarer Traum sein. Dafür kämpfen wir. Widerstand gegen das kapitalistische System ist dringend geboten

### Elke Kahr:

*Mieten und Betriebskosten, Öffentlicher Verkehr, der tägliche Einkauf, Strom, Heizung... Alles wird immer teurer. Die Lohnabschlüsse und Pensionserhöhungen bleiben hingegen hinter der Inflation zurück. Nur die KPÖ macht konkrete Vorschläge, wie diese Teuerungslawine aufzuhalten ist.*

### Ernest Kaltenegger:

*Zu einem würdigen Leben gehört ein gesicherter Arbeitsplatz. Jeder Mensch muss die Möglichkeit bekommen, sich seinen Fähigkeiten entsprechend zu entwickeln und von seiner Arbeit menschenwürdig leben zu können.*

## Mitmachen!

Noch nie wurde so viel Reichtum geschaffen wie heute. Trotzdem ist der Großteil der Bevölkerung von sinkender Kaufkraft und steigenden Preisen betroffen. Die Armut nimmt zu, aber auch der Reichtum einiger weniger. Das muss nicht so sein. In einer Gesellschaft muss das Wohl aller und nicht der Profit im Mittelpunkt stehen. **Dafür treten wir ein, und mit DIR sind wir stärker!**



**Sie wollen mitmachen? Wir freuen uns auf Sie!**

**Kontakt: KPÖ-Knittelfeld-Spielberg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld, Tel: 03512/8 22 40, E-Mail: kpoe.knittelfeld@aon.at**